



öffentlich

Betreff:

Homeoffice in der Verwaltung und Fraktionsgeschäftsstellen ermöglichen

Einreicher: Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, DIE aNDERE,
BürgerBündnis

Erstellungsdatum 09.02.2021

Eingang 502:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung Gremium

Zuständigkeit

18.02.2021 Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Verwaltung und die Fraktionsgeschäftsstellen im Hause schnellstmöglich so auszustatten, dass ein gesetzeskonformes Homeoffice möglich ist.

gez.
Fraktionsvorsitzende/r

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Arbeitgeber müssen überall dort Homeoffice anbieten, wo es möglich ist. Das sieht die seit Mittwoch, 27. Januar 2021, vorerst bis 15. März 2021 geltende Corona-Arbeitsschutz-Verordnung vor. Damit will die Bundesregierung das Infektionsrisiko am Arbeitsplatz weiter reduzieren. Leider hat die Verwaltung seit Beginn der Pandemie gezeigt, wie wenig flexibel sie dabei auf Wünsche der Fraktionsgeschäftsstellen reagiert. Die bisher angebotene Homeoffice-Variante entspricht jedoch noch nicht einmal einem „Homeoffice light“. Wenn ein/e Mitarbeiter*in jeden Arbeitstag ins Büro fahren muss um den Dienst-PC einzuschalten, wird auch kein Homeoffice benötigt, da der Arbeitsplatz dann sowieso besetzt ist. Gerade für die Fraktionsgeschäftsstellen, die nur mit einer Person besetzt sind, ist dies überhaupt keine Lösung, denn die Fahrt zum Arbeitsplatz sollte eigentlich vermieden werden (Kontaktreduzierung).